

Danziper Zeitung.



Nr. 18721.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Neum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Januar. (Privattelegramm.) Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge wäre der Unterstaatssecretär im Cultusministerium Borchhausen zum Präsidenten des Oberkirchenrates bestimmt.

Newyork, 27. Januar. (Privattelegramm.) Es herrschen hier schreckliche Schneestürme; Newyork ist von fast allen Verbindungen abgeschnitten; der Bahnverkehr und die elektrische Beleuchtung mussten eingestellt werden. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Antwerpen, 27. Januar. (Privattelegramm.) Eine verhängnisvolle Katastrophe hat sich gestern hier zugetragen. 200 Personen wagten sich auf schwimmende Eismassen; 40 davon sind ertrunken.

London, 27. Januar. (Privattelegramm.) In den Docks werden neue Unruhen befürchtet; auf Ersuchen der Schiffsrüder hat die Polizei umfassende Maßregeln getroffen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Januar.

Kein Handel mit Staatsinteressen.

Der erfreulichste Punkt in der ersten Beratung über das Sperrgeldgesetz im Abgeordnetenhaus war wohl, daß der leitende Staatsmann Veranlassung zu der Erklärung nahm:

„So lange ich die Ehre habe, an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen, glaube ich versichern zu können, daß mit Angelegenheiten, die das Staatswohl betreffen, nicht Handel getrieben werden wird.“

Dies ist ein Punkt, in dem sich der „neue Curs“ wesentlich von dem „alten“ unterscheidet. Unter dem früheren Regime war solcher Handel die Regel. Die politischen Handelsgeschäfte des Fürsten Bismarck begannen mit dem Zolltarif von 1879. Damals hatten die einzelnen Gruppen der Zollinteressenten des Reichstages unter sich und mit der Regierung um so und so viel Getreide-, Eisen-, Garn- u. s. w. Zölle verhandelt, um einer Minderheit von Interessenten große Vortheile auf Kosten der Mehrzahl des deutschen Volkes und zugleich der Regierung hunderte von Millionen neuer Einnahmen zu verschaffen. Dann wurden die Magdeburgische Stück für Stück abgebrochen, um das Centrum für die Steuer- und sonstigen rückstrittlichen Pläne der Regierung zu gewinnen. Schließlich hat aber doch auch dem Fürsten Bismarck dieses System der Handelsgeschäfte versagt, und sein Nachfolger weist die Zumutung, ähnliche Wege einzuschlagen, weit von sich. Darüber können wir uns nur freuen. Die entschieden Liberalen haben sich niemals mit der jetzt aufgegebenen Handelsgeschäfts-politik eingelassen. Sie wollten nie etwas für sich, nie Vorrechte oder Vortheile für einzelne Stände, Berufe oder Confessionen erreichen, sondern verlangten immer nur gleiches Recht und gleiche Pflicht für alle Staatsbürger. Sie hatten nichts zu fordern und nichts zu bieten; denn was sie mit ihren Grundsätzen vereinbaren konnten, das bewilligten sie freiwillig, ohne einen Preis dafür zu fordern oder anzunehmen, das bewilligten sie auch, wenn sie als „Reichsfeinde“ verachtet wurden. Das hat jetzt aufgehört.

Und noch etwas anderes hat sich geändert. Wenn der frühere Leiter der deutschen Politik im Parlament Erklärungen abgab, so wußte man nie recht, für wie lange Zeit dieselben bindend sein würden. Seinen Nachfolger glaubt man, daß es ihm mit der Zurückweisung jener politischen Handelsgeschäfte wirklich ernst sei, so lange derselbe die Ehre haben wird, an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen“. Gewiß gehen die Liberalen von wesentlich anderen Grundanschauungen aus, als der gegenwärtige Leiter der deutschen und preußischen Politik. Aber da sie keinerlei Sonderpolitik verfolgen, so läßt sich hoffen, daß sie auf dem Gebiete der politischen Praxis mit ihm auch in manchen späteren Fällen noch ebenso zusammenstimmen werden, wie jetzt beim Sperrgeldgesetz.

Ein Lusthieb des Bimetallistenführers.

Es war schon vor der gestrigen Reichstagsitzung bekannt geworden, daß Herr v. Kardorff die Gelegenheit, seine bimetallistischen Theorien zu entwickeln, welche der Staat des Reichsschatzamtes

darbot, nicht vorübergehen lassen werde. Eine besondere Anziehungskraft scheint indessen dieses Thema auf den Reichstag nicht ausgeübt zu haben. Der Umstand, daß dem sitzungsfreien Sonntag heute als am Kaisersturztag wieder ein sitzungsfreier Tag folgt, hat zahlreiche Abgeordnete veranlaßt, außerhalb Berlins Erholung zu suchen oder Geschäfte zu erledigen, so daß gestern die Bänke weit klaffende Lücken zeigten. Indessen, entscheidende Abstimmungen fanden ja nicht statt und es ist nicht jedermann's Sache, über Fragen zu discutiren oder discutieren zu hören, die eine aktuelle Bedeutung nur in der Phantasie der Herren v. Kardorff und v. Freye haben. Überdies hat Herr v. Kardorff eine ganz eigenhümliche Taktik. Seine Hörer durch sachliche Darlegungen von der Vorrichtigkeit der Doppelwährung zu überzeugen, ist nicht seine Sache. Eine Wirkung auf die Hörer und Gegner versprechen sich die Herren Bimetallisten nur von den allerschlimmsten Prophesien, die nur den Fehler haben, daß sie trockenster Wiederholung keine Schreckbilder bleiben. Dazu kommt noch, daß die Bimetallisten, die ja meist zu den unbedingten Anhängern der Schuhzollpolitik gehören, auf dem Gebiete der Währungspolitik die ausgesprochenen Gegner des „nationalen“ Gedankens sind. Wenn es sich um Schutzölle handelt, vertreten sie mit äußerster Entschiedenheit den Gedanken des Schutzes der „nationalen Arbeit“ gegen das Ausland; in der Währungsfrage aber ist alles Deutsche gefährlich und etwas Gutes nur durch internationale Abmachungen zu erreichen. Herr v. Kardorff, der, wie es schien, seine Hörer das Gruben lernen wollte, erging sich in einer Herabsetzung der deutschen Reichsbank im Vergleich zu der französischen, die jedem Unbefangenen Herzklapsen verursachen mußte. Auch der Einfluß des Rubels auf den Geldmarkt wurde in den schwärzesten Farben geschildert. Indessen, die Entgegnung des Abg. Bambergers nicht nur, auch diejenige des Schatzsekretärs und des Präsidenten der Reichsbank ließen von dieser Phantasie nichts übrig. Das russische Gespenst verschwand ebenso schnell, wie es cürti worden war, und daß die Verhältnisse der Reichsbank und die Lage der deutschen Währung überhaupt den Vergleich mit Frankreich aushalten können, wurde von allen dreien in bündiger Weise nachgewiesen.

Vielleicht gibt die Prometheia, mit der der Schatzsekretär auf die Ausführungen Kardorffs antwortete, letzterem die Überzeugung, daß seine Theorie bei dem jetzigen Reichskanzler eben so wenig Eindruck machen werde, wie bei dem Fürsten Bismarck, der sich in der Währungsfrage allen agrarischen Zuständigkeiten gegenüber stets als zugeknöpft erwiesen hat. Der Schatzsekretär war so unfreundlich, auf das Anwerben Kardorffs, der Ermäßigung des Getreidezolls zu stimmen, wenn die Regierung die deutschen Währungsverhältnisse durch den Übergang zu der Doppelwährung in Verwirrung bringen wolle, garnicht einzugehen, so daß auch hier der Vorstoß des Herrn v. Kardorff völlig wirkungslos blieb, ein reiner Lusthieb. Freiherr v. Maizahn erkannte sogar in aller Unbefangenheit an, daß das System der Goldwährung, wie es in dem Münzgesetz in Aussicht genommen war, in Folge der Sifflung der Silberverkäufe im Jahre 1879 ein unvollkommenes ist, besand sich aber mit dem Abg. Bamberger auch darüber im Einverständnis, daß bei dem jetzigen Silberpreise die Wiederaufnahme der Silberverkäufe nicht angezeigt sei, da ein dringliches Bedürfnis nicht vorhanden sei.

Die Angelegenheit der Reichsmilitärstrafprozeßordnung

scheint, allein schon in Folge des Wechsels im preußischen Ariegsministerium, eine kleine Veränderung erleiden zu müssen, und die Ermächtigung zur Einbringung der Vorlage beim Bundesrat könnte bis jetzt noch nicht erhoben werden. Obwohl der staatsrechtliche Charakter der Immmediatcommission bekanntlich nicht ganz klar gestellt ist, so wird doch erwartet, daß, wie die allerhöchste Obrigkeit zur Einberufung jener Commission vom preußischen Ariegsminister gegenzeichnet war, dieser auch den Entwurf der Militärstrafprozeßordnung, sobald er die allerhöchste Genehmigung erhalten, als Antrag Preußens beim Bundesrat einbringen wird; dagegen be-

dem genügen zu lassen, was der Dichter geboten hat, und sich vor Extempores zu hüten. Protestiren muß man aber dagegen, daß man, wie es gestern einmal geschah, das richtige Deutsch Freitags ins Österreichische verbösert. „Vergessen“ darf man nur mit dem Accusativ des Objects verbinden, „einen“ oder „etwas vergessen“. Wahrhaft grauslich ist es, wenn man „an einen“ oder „auf einen vergessen“ zu hören bekommt, mag diese sprachliche Nachlässigkeit auch noch so oft in Wiener Zeitungen und leider auch in Stücken österreichischen Ursprungs zu lesen sein.

Der leichte, flotte Zug, der durch das Stück geht, fordert auch eine gleiche Darstellung, die gestern nicht überall erreicht wurde, was aus der größtentheils neuen Bezeichnung der Partien zu erklären ist. Hr. Stein legte mit seinem Conrad Bolt wieder alle Ehre ein. Er hat sich vollständig in die Rolle eingelebt und gibt die Leichtlebigkeit dieses Journalisten mit natürlichem lebendigen Humor. Ganz besondere Anerkennung verdient aber die seine Art, in der er an den entsprechenden Stellen das Herz durch die flotte Außerlichkeit seines Wesens hindurchschimmern ließ. Hier traf Hr. Stein vorzüglich den wohl temperierten Ton, der die wahre Empfindung nur andeutet, aber zugleich von ihrer

sieht, wie die „Staat.-Corr.“ hört, kaum Aussicht, daß die Vorlage den Reichstag noch in der jetzigen Session beschäftigen wird.

Der neueste Brief Emin Paschas, dessen wesentlicher Inhalt unter den Telegrammen in unserer heutigen Morgen-Ausgabe bereits wiedergegeben ist, hat folgenden Wortlaut: „Bujisi, 10. Oktober 1890.

Hochwürdigster Herr!

Ich will vom Südufer des Sees nicht scheiden,

ohne Ihnen in zwei Worten die Erlebnisse — von Ergebnissen nicht zu sprechen — dieser Expedition zu schildern.

Nachdem wir Sie in Mpwaywa verlassen, hatten wir einige kleine Gefechte mit den Wahumbi, die uns belästigten und dafür einige Rühe los wurden, und zogen dann durch Ugogo, wo Sie uns ja vorgearbeitet, unbekannt unserer Wege. Herr v. Bülow wurde hier so krank, daß er den ganzen Weg getragen werden mußte. In Iindi trafen wir Monsieur Livinbar und Pere Hautecoeur auf ihrem Wege zur Küste, und Monsieur riet zu einer baldigen Regulierung der Angelegenheiten in Tabora. Da nun außerdem von dort Briefe eingetroffen, die mich zu kommen aufforderten, gingen wir hin, schlossen mit den Arabern einen Vertrag, hielten die Flagge und nahmen zwei Kanonen mit Munition, sowie einiges Elfenbein an uns. Von Tabora sandte ich Lieutenant Langheld nach Uramba, wo unser Verbündeter, der Nachfolger Mirambas, im Gefecht gegen die Wangani getötet worden war; ich selbst wollte folgen und wir dann die Wangani vertreiben. Da kamen Briefe von Uramba, nach denen man jeden Tag die Massacres der französischen Missionäre in Uganda erwarten könne, und die mich baten, eiligst zu kommen. Ich sandte deshalb Verstärkungen an Lieutenant Langheld, ließ Hrn. v. Bülow in Station Uramba und ging selbst über Ujui hieher, wo ich am 27. September anlangte und seitdem mich allgemein nützlich zu machen suchte. Wir haben im Lande einigermaßen Ordnung geschaffen, die Sklavenjäger aus Massand vertrieben und waren bereit, nach Uganda zu gehen, wo jedenfalls, reich an Stoffen und Waffen, wir mit offenen Armen wären aufgenommen worden. Der Elfenbeinertrag der Aquatorialländer Unyoro Nkoles, der Mahidi und Usohas geht nun statt nach Zanjibar nach Kawirondo. Wenn nicht sofort eine Station nahe bei Kawirondo angelegt wird, etablieren sich die englischen Missionäre wieder in Kasai und das ganze östliche Gebiet wendet sich ebenfalls dorthin: was bleibt aber für Deutschland? Karauqi will ich schon haben, selbst wenn Sir Francis de Minton mit Sulioten kommt, aber ist damit viel gethan? Kommen also Sie zu Hilfe und schaffen uns wenigstens ein Boot auf den See, an dem wir jetzt stehen und warten, bis Stanley einen englischen Dampfer sendet — und das wird nicht lange dauern. Verzeihen Sie mir die Formlosigkeit dieser Notizen; nur das Gefühl, daß Sie der Einzig sind, der für hiesige Verhältnisse Verständnis und Theilnahme besitzt, reibt mich dazu. Sie überhaupt mit solcher Freiheit und Zuversicht zu behilfigen. Sie werden schwer genug am Misslingen Ihrer Wünsche zu tragen haben und deshalb keine weiteren Belästigungen wünschen. P. Courdell ist tot. Major Hirth war sehr krank, ist aber besser. Ihren Gallan-Anabab habe ich noch nicht gesehen, obgleich ich den mir freundlich gegebenen Brief abgab.

In wenigen Tagen gehe ich zu Makongo und lege dort eine Station an; von dort besuche ich den König von Karauqi. Hoffend, daß Sie über mich verfügen wollen, erlaube ich mir Br. Suhlmans und der Geistlichen beste Empfehlungen beizufügen und bin Ihr ganz ergebener Dr. Emin.

Dieses Schreiben Emin's ist fast an demselben Tage geschrieben, wie der Emin'sche Bericht an Wissmann, den letzterer mit dem sog. Abberufungsbeschreiben beantwortet hat. Da ist es nun im höchsten Grade überraschend, daß Emin den Marsch nach Tabora, den ihm Wissmann zum Vorwurf macht, in Folge einer Aufforderung der Krabber, zu kommen, unternommen hat. Auch für seinen Zug nach Nordosten, der nach den Insinuationen von Mr. Stokes nach dem Mondgebirge gehen sollte, gibt Emin hinlängliche Auskunft; er hatte nur die Absicht, den König von Karauqi aufzusuchen, um den Engländern zuvorzukommen. Da die Absichten Emin's in dessen Berichten an Herrn v. Wissmann ohne Zweifel ein gehend darlegt und motiviert sind, so darf man auf das Eintreffen derselben um so mehr gespannt sein. Merkwürdiger Weise sind dieselben mit dieser letzten Post aus Zanjibar noch nicht angelangt.

Doch Emin von der Anlegung einer Station in Kawirondo spricht, was auf den ersten Augenblick sehr auffallend erscheint, da Kawirondo an der Nordostspitze des Victoria-Nyanza liegt und in die englische Interessensphäre fällt, erklärt sich aus Folgendem: Dr. Peters wird ihm von den

Tiefen überzeugt. Fr. Schmidt gab die Adelheid in richtiger Erfassung des Charakters und mit natürlicher Wärme des Gefühls, so daß im ganzen einmal geschah, das richtige Deutsch Freitags ins Österreichische verbösert. „Vergessen“ darf man nur mit dem Accusativ des Objects verbinden, „einen“ oder „etwas vergessen“. Wahrhaft grauslich ist es, wenn man „an einen“ oder „auf einen vergessen“ zu hören bekommt, mag diese sprachliche Nachlässigkeit auch noch so oft in Wiener Zeitungen und leider auch in Stücken österreichischen Ursprungs zu lesen sein.

Der leichte, flotte Zug, der durch das Stück geht, fordert auch eine gleiche Darstellung, die gestern nicht überall erreicht wurde, was aus der größtentheils neuen Bezeichnung der Partien zu erklären ist. Hr. Stein legte mit seinem Conrad Bolt wieder alle Ehre ein. Er hat sich vollständig in die Rolle eingelebt und gibt die Leichtlebigkeit dieses Journalisten mit natürlichem lebendigen Humor. Ganz besondere Anerkennung verdient aber die seine Art, in der er an den entsprechenden Stellen das Herz durch die flotte Außerlichkeit seines Wesens hindurchschimmern ließ. Hier traf Hr. Stein vorzüglich den wohl temperierten Ton, der die wahre Empfindung nur andeutet, aber zugleich von ihrer

„Verträgen“ erzählt haben, die er bei seinem Zug nach Uganda an vielen Stellen und auch in den dortigen Gegenden abgeschlossen hat, wenn sie auch nicht den Werth des Papiers haben, auf welches die Neger Schulen ihre Kreuze gemalt haben mögen. Vor allem aber war Emin zur Zeit der Abschaffung dieses Briefes von dem Abschluß des englisch-deutschen Vertrages noch garnicht unterrichtet. Nachdem er davon später Kunde erhalten, änderte er natürlich sofort seine Pläne. Daß ferner Emin eine viel höhere Meinung von Herrn Peters hat, als diesem Herrn zukommt, ist gleichfalls leicht erkärllich. Emin ist ein Mann von geradezu rührender Bescheidenheit und gewohnt, von seinen Mitmenschen in dieser Beziehung eher die gleiche Eigenschaft vorauszusehen, als das Gegenteil. Darin hat er sich nun bei Herrn Peters gründlich geirrt. Denn gerade die demselben am nächsten stehenden Freunde desselben wissen es am genauesten, daß ihn mögen ihn noch so viele Tugenden seien, die der Bescheidenheit jedenfalls nicht auszeichnen. Nun ist Emin mit Peters überhaupt nur wenige Tage zusammengewesen und hat ihn nur oberflächlich kennen gelernt. Der letztere wird nicht verfehlt haben, den Mund über sich und seine Heldenthalen gehörig voll zu nehmen und sich dadurch in Emin's Augen zu einer viel bedeutenderen Persönlichkeit zu machen, als er in Wirklichkeit ist. Wäre dem nicht so, dann hätte Emin nie auf den Gedanken kommen können, daß Peters der Mann sei, das fehlende Schiff für den Victoria-Nyanza zu schaffen und überhaupt Emin wirksam zu helfen, daß vollends Peters der Einzige sei, „der für hiesige Verhältnisse Verständnis und Theilnahme besitzt“. Denn Theilnahme besitzt für die dortigen Vorgänge viele Millionen und Verständnis jedenfalls eine ganze Reihe von Männern viel mehr als der heisiponige Peters mit seiner Viehraub- und Niederknallpolitik.

Die Convertirung der Eisenbahnbölligationen.

Bekanntlich hatte der preußische Finanzminister im Jahre 1889 von seiner ihm durch die verschiedenen Eisenbahngesetze gewährten Ermächtigung, die Prioritätsanleihen der verstaatlichten Eisenbahnen zu kündigen, Gebrauch gemacht und den Inhabern von Prioritätsobligationen im Gesamtbetrag von 1 110 925 500 Mark den Umtausch ihrer Schuldbewilligungen gegen den gleichen Nennbetrag von Schuldbewilligungen der 3½ prozentigen consolidirten Anleihe angeboten. Dieses Angebot hatte die Wirkung, daß Obligationen über 1 054 954 400 Mark zum Umtausch angemeldet wurden, während in Bezug auf Obligationen über 55 971 100 Mark von dem Anbieter des Umtausches nicht Gebrauch gemacht wurde. Die letzteren wurden deshalb ihren Inhabern unter Innehaltung der bestehenden Rückerstattungsfristen zur Rückzahlung der vorgeschriebenen Kapitalbeträge gekündigt. Das Ergebnis dieser Kündigung ist nun mehr seitens des Ministers der Eisenbahnen und der Finanzen dem Abgeordnetenhaus mitgetheilt worden. Danach befinden sich zur Einlösung der gekündigten Obligationen von 55 971 100 Mk. auf den bestehenden Amortisationsconten 9 213 221,04 Mk. im Bestande, von welchen 9 163 221,04 Mk. zur Tilgung 4 prozentiger Anleihen und 50 000 Mk. zur Tilgung einer 4½ prozentigen Anleihe bestimmt waren. Im übrigen wurden die Einlösungsmittel mit 46 247 685,31 Mk. aus dem Erlöse für begebene Schuldbewilligungen 3½ prozentiger consolidirter Anleihe und mit 510 193,65 Mk. aus dem im Etat der Staatschuldenverwaltung für 1890/91 zur außerordentlichen Tilgung von Staatschulden disponibel gestellten Fonds gedeckt. Die durch diese extraordinaire Tilgung erzielte jährliche Zinsensparnis für die Staatskasse beläuft sich auf 280 439,88 Mk. Rechnet man hierzu die Zinsensparnis in Zinsen, welche durch den Umtausch der Obligationen in 3½ prozentige Anleihe-Schuldbewilligungen erzielt ist, so hat die im Jahre 1889 vorgenommene Convertirung der Eisenbahnbölligationen im Betrage von 1 110 925 500 Mk. dem Staat eine jährliche Zinsensparnis von 5 757 289,88 Mk. gebracht.

Der Grund zur Auslösung des österreichischen Reichsraths.

Die Wiener Presse, bekanntlich ein Regierungsorgan, bringt einen Leiterklist, in welchem die Auslösung des Reichsraths besprochen und hervor-

Ursprungs. Sein Vater und erster Lehrer, der Musiker Franz Jos. Hörold, ein Schüler Ph. E. Bachs, stammte aus dem Elsaß. Die Lehrer L. Hörolds waren Adam, Catel und Mézul. 1812 bekam er einen Staatspreis für die Composition einer Cantate und ging dann zur weiteren Ausbildung nach Rom und Neapel, wo er mit seiner ersten Oper „Die Jugend Heinrichs V.“ viel Glück mache. 1815 nach Paris juristisch gelehrt, wurde er von Boieldieu als Mitarbeiter bei dessen Oper „Carl von Frankreich“ zuerst auf die französische Bühne gebracht. Bielsach durch seine musikalische Erwerbstätigkeit in Anspruch genommen, hatte er mit den zahlreichen Opern, die er componierte, keinen rechten Erfolg. Ein solcher wurde ihm erst 1826 durch Oper „Marie“ zu Theil. 1831 bereitete ihm sein „Zampa“ einen glänzenden Triumph, der sich nicht auf Frankreich beschränkte; auch seine letzte Oper „Le Pré aux Clercs“ (unter dem deutschen Titel „Der Zweikampf“) ist bis auf die neuere Zeit in Frankreich viel gespielt worden. Seine schwache Gesundheit wurde durch eine beständige anstrengende Thätigkeit früh erschöpft und er starb bereits am 19. Januar 1833.

gehoben wird, daß die Budgetdebatte für das laufende Jahr noch ausstehe. Im alten Parlament wäre dieselbe von allen Parteien für wahl-agitatorische Zwecke benutzt worden, sachliche Erörterungen des Staats hätten nicht stattgefunden, bestensfalls nur eine retrospective Kritik. Der neue Reichsrath finde Gelegenheit, sofort nach seinem Zusammentritt bei der Budgetdebatte die Zukunftsperspektive zu entwickeln. Wichtig sei auch, daß nun einmal der Schwerpunkt der inneren politischen Lage im böhmischen Ausgleich liegt, daß bei den Reichsrathsanwahlen diesmal die gemäßigten Elemente, die Deutsch-Liberale, die Tschechen, sowie der gesamte Großgrundbesitz hoffentlich und vorausichtlich auf die Wahlparole: Förderung des Ausgleichs sich vereinigen werden. — Die Bemerkung der Presse über die beabsichtigte Verhinderung einer wahl-agitatorischen Budgetdebatte scheint das Hauptmotiv für die Auflösung des Reichsraths zu bezeichnen.

Das Programm des rumänischen Ministerpräsidenten.

Die Wiener „Presse“ veröffentlicht eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Manu. Letzterer bezeichnet sein Cabinet als ein Cabinet der Arbeit, welches sich die Finanzverhältnisse des Landes, die Wehrhaftigkeit desselben und die Hebung des Handels und der Industrie zur Aufgabe gemacht habe. Die nächste Ausgabe sei die Reform der inneren Verwaltung, sodann die Fortsetzung der Convertierung der noch restirenden sprozentigen Rutilcal-Anleihe, sowie die Einführung von rauchlosem Pulver. Von der Vortrefflichkeit der Repetiergewehre sei der Minister noch nicht vollständig überzeugt. Was die Handelsverträge angehe, so dürften dieselben das Parlament noch in dieser Session beschäftigen. Die Dispositionen bezüglich der Regelung der handelspolitischen Beziehungen mit Österreich-Ungarn seien auf beiden Seiten günstig, so daß das Zustandekommen einer Verständigung noch in diesem Jahre zu erhoffen sei. Auf die allgemeine politische Lage übergehend, bemerkte der Minister, die größten Staaten setzten ihre Rüstungen fort, da müßten auch die kleinen Staaten an ihre Erhaltung denken. In dem Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Petersburg erblickte er ein eminent friedliches Symptom.

Reichstag.

2. Sitzung vom 28. Januar.

Die zweite Berathung des Staats wird fortgesetzt bei dem Etat des Reichstagskantos. — Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Richter vor: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die den Reichsbeamten bei dienstlicher Beschäftigung außerhalb ihres Wohnortes jenseitigen Fahrkosten darst zu regeln, daß für Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen urtheilgelegt werden, an Stelle der Kilometergelder die für die Fahrkarten tatsächlich verausgabten Beträge vergütet werden.“

Abg. Richter: Die Fahrgelder der Beamten sind in Preußen normirt worden nach dem im Jahre 1848 geltenden Fahrpreisen. Damals bildeten die Eisenbahnen nicht die Regel, die Reise beanspruchte in Folge dessen mehr Zeit, man mußte mehr Gepäck mit sich führen, und die Fahrkosten waren höher. Dazu kommt, daß seit 1848 die Preise der Fahrkarten auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen sich erheblich erniedrigt haben. Gleichwohl ist der damals normirte Satz von 10 Silbergroschen für die Meile (jezt 13 Pf. für den Kilometer) beibehalten worden. Diese Vergütung übersteigt ganz außerordentlich den Betrag der wirklichen Fahrkosten. Es werden bei der 2. Klasse pro Kilometer 6,31 und bei der 1. Klasse 4 Pf. pro Kilometer erwartet, ganz abgesehen von den Erspartnissen bei Retour- und Kreuzfahrtbillets, die auch von Beamten und Offizieren bei ihren Dienstreisen beutzt werden. Für eine Reise von Berlin nach Aödin und zurück werden 144,50 Mk. vergütet, während ein Retourbillett 2. Klasse nur 60 Mk. kostet. Es werden also 84,50 Mk. erwartet. Das ist keine Normfrage, sondern durch alle Staats zusammen summiert sich die etwaigen Erspartnisse meines Erachtens nach Millionen. Mein Antrag beweist nicht die Tagesgelder zu ändern; diese sind erst 1875 erhöht worden. Sie betragen für die höheren Beamten 12, 18, 24 und 30 Mk. Solle der Satz von 12 Mk. zu niedrig be-messen sein, so würde es ein Leichtes sein, ohne die Gesamtkosten der Tagesgelder zu überschreiten, die höheren Tagesgelder zu dem entsprechend zu erhöhen und auch durch eine andere Normirung der Vergütungen einen Ausgleich herbeizuführen, denn die Tagesgelder werden bezahlt ohne Rücksicht darauf, ob Nachquartier benutzt wird oder nicht. Thatsächlich erwächst den Beamten durch eine Dienstreise unmittelbar eine Ersparnis und auch mittelbar dadurch, daß das Plus der Vergütung geradezu zu Dienstreisen anreizt. Das Ansehen der höheren Beamten den Unterbeamten gegenüber wird durch das gegenwärtige Tarifierungssystem auch nicht gerade gehoben. Die unteren Beamten wissen sehr scharf zu beurtheilen, inwieweit eine Dienstreise gerechtfertigt und ob die höheren Beamten darauf ausgehen, aus diesen Dienstreisen einen besonderen Vortheil zu ziehen. Eine Erhöhung der Fahrgeldberentung ist um so notwendiger, als demnächst wiederum eine erhebliche Herabsetzung der Personentarife stattfinden soll. (Beifall links.)

Abg. Hahn (cons.): Mit der Tendenz des Richters Antrages sind wir einverstanden. Die Reisen sollen nicht eine Einnahmequelle für die Beamten sein. Dagegen halten wir es nicht für unbedingt sicher wie hr. Richter, daß die Feststellung der Tagesgelder überall noch jetzt in der richtigen Höhe besteht. Ich beantrage deshalb, den Antrag Richter der Budget-Commission zu überweisen.

Reichstagssekretär v. Matzahn: Darin muss man ja dem Antragsteller unbedingt beipflichten, daß die Reisedaten für die Beamten keine Einnahmequelle bilden sollen; andererseits aber dürfen die Dienstreisen der Beamten auch dadurch nicht eingedämmt werden, daß man die Diäten zu gering bemisst, weil sonst, namentlich bei vorgerücktem Lebensalter der Beamten, Dienstreisen oft leicht unterbleiben könnten. In dieser Beziehung berücksichtigt der Antragsteller nicht, daß außer den direkten Reisekosten noch eine Reihe anderer Unkosten mit jeder Reise verbunden sind. Außerdem ist der Antrag Richter unvollständig, weil er nur die Personentarife der Beamten und nicht die Beförderung des Gepäcks berücksichtigt. Ob die Sache geregelt werden kann im Sinne des Antragstellers, ist mir sehr zweifelhaft.

Abg. v. Strombeck (Centr.): Ich kann der Tendenz des Abg. Richter nur ganz beitreten. Der Verdacht, daß Beamte unmöglich, um Reisedaten zu erhalten, Dienstreisen machen, besteht unzweifelhaft, und diesem Verdacht wollen wir entgegentreten.

Abg. Richter: Daß die Beamten im allgemeinen Reise hättten, lieber nicht zu reisen, kann ich durchaus nicht zugeben. Ich erinnere daran, daß im preußischen Reichsgebiet die Stelle eines neuen Generalspräsidenten an einem Oberlandesgericht abgelehnt wurde, weil allgemein die Meinung vorhanden war, die Stelle könnte entbehrt werden, wenn der Oberlandesgerichtspräsident nicht so viele Reisen unternähme. Daher in den Verwaltungen kein Bedürfnis empfunden wird, etwas zu sparen, begreife ich. Es wäre das erste Mal, daß eine Verwaltung die Initiative ergreift, um die Kompetenzen der Beamten zu ermäßigen. Dazu sind wir da. Auch die Offiziere haben die Nothverdikt

nicht begriffen, die Nationen abzuschaffen für Pferde, die nicht gehalten werden. Das Gepäck spielt bei der Länge der Reisen und mit Rücksicht auf das Freigepäck keine nennenswerte Rolle. Gegen die Commissionsberathung habe ich nichts einzubringen. Doch bleibt dabei, daß der niedrigeren Satz der Tagegelder durch eine entsprechende Compensation erhöht werden könnte.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Goldvorrath der französischen Bank ist doppelt und der Silverburrath

fünfmal so groß wie der der unferigen Unferigen Kriegsschulden nicht nur die Millionen des Julius-thurms, sondern auch der Goldvorrath unserer Reichsbank. Einschließlich der Goldvorräthe der kleinen Banken schlägt ich unserren Goldvorrath auf 650 Mill. Mk. gegen 900 Mill. in Frankreich, wozu dort noch die fünftachte Quantität an Silber hinzukommt. Redner geht sodann auf die Frage der Goldwährung ein und vertritt die Ansicht, daß nur eine Wiederherstellung des Silberwertes unsere Finanzverhältnisse gefunden können. Unsere Währungszustände würden immer hoffen durch das starke Festhalten an der Goldwährung. Wir hätten alle Veranlassung, mit den Vereinigten Staaten in Verbindung zu treten über die mögliche Goldfixierung des Silbers.

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann doch nur überprüft werden nach dem Notenumlauf. Bei 900 Mill. Gold laufen 3—4 Milliarden Noten um, bei uns 900 Mill. Noten gegen 500—600 Mill. Goldvorrath. Wir empfinden in Bezug auf die Währungsfrage gar keine Besorgtheit.

Abg. v. Kardorff: Man kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet zu haben, wird für mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Abg. Bammerger (freis.): Der Goldvorrath der französischen Bank kann schon auf eine gewisse Originalität Anspruch machen, daß er seinen Standpunkt immer noch eifrig vertreibt. (Heiterkeit.) Seit 15 Jahren soll schon die Katastrophe über die Welt hereinbrechen: wir erwarteten sie aber vergeblich. Die Arbeit des amerikanischen Congresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich hr. v. Kardorff sparen können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Speulation der Silberproduzenten. Es war vor 1879 ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde. Seitdem hat die Goldproduktion so genommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigen. Das Gold gönne, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst versteckt wird. Herr v. Kardorff hat aus unferem Credit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenspiel gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursieren. Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoh bei uns nicht vorkommen kann. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geleistet, und an diesem mitgearbeitet

Bensdorp & Comp in Amsterdam

empfehlen ihr seines

Holländ. Sacapulver

von vorzüglichem Geschmack, garantiert rein, leicht löslich und von hoher Nährkraft.

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung der Ausschließung der Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Königlichen Amtsanwaltschaft hier selbst vom 1. Februar 1891 ab die volle Zuständigkeit in schöffengerichtlichen Vergehenfachen übertragen ist und daher von diesem Zeitpunkte an alle nach § 27 Gerichts-Ges. dem Schöffengerichte überreichten Strafthaten aus dem Bezirk des Königlichen Amtsgerichts zu Danzig dem Königlichen Ersten Amtsgericht hier selbst zur Strafverfolgung zu übermitteln sind. (1725)

Danzig, den 22. Januar 1891.

Der Erste Staatsanwalt.

Vertretung:

Herr.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungs- und sonstigen Wirthschafts-Bedürfnisse für das Haupt-Gefängnis in Danzig und das Hilfs-Gefängnis in Oliva auf die Zeit vom 1. April 1891 bis Ende März 1892, bestehend aus:

Schweinefleisch, Rindfleisch, Kürbitalg, Speck, allen Gorten, Süßfrüchten, Gemüsen, Kartoffeln, Milch u. zum Sammeltarif von etwa 60 000 Mark,

soll im Wege der Submission vergeben werden. Zu diesem Zwecke ist ein Termin auf den

13. Februar 1891,

Vormittags 10 Uhr, vor dem Herrn Ersten Geheimrat Groß im General-Bureau der Staatsanwaltschaft Neugarten 29 Stock anberaumt, in welchem die bis dahin eingegangenen Offerten, welche den im General-Bureau ausliegenden und dort in den Stunden von 9—1 Uhr einzuholenden Lieferungs-Bedingungen entsprechen müssen, geöffnet werden sollen. Diese Offerten sind postmäig verschlossen und mit der Aufschrift: „Offerte auf Lieferung von Verpflegungs-Bedürfnissen für die Gefängnisse Danzig und Oliva“ verlesen, bis zu dem genannten Tage einzufinden. (1153)

Danzig, den 13. Januar 1891.

Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Brodes für die in den Gefangenanstalten Danzig und Oliva befindlichen Gefangenen soll auf den Zeitraum vom 1. April 1891 bis Ende März 1892 an den Mindestfordernden im Wege der Submission vergeben werden.

Die Generalbedingungen können täglich im Bureau des Unterzeichneten, Neugarten 29, 1 Tr. eingesehen werden.

Unternehmer werden aufgefordert, ihre Offerten versiegelt bis zum 11. Februar cr. in dem genannten Bureau einzureichen und sich sodann im Termin dafelbst am

Donnerstag, 12. Febr.,

Vorm. 10 Uhr, vor dem Herrn Ersten Geheimrat Groß einzufinden, um der Publikation der Offerten beiwohnen. (1154)

Danzig, 12. Januar 1891.

Der Erste Staatsanwalt.

Beschluß.

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Leopold Volkowski zu Culm ist durch Schlufvertheilung beendet und wird daher aufgeschoben. N° 1/90. Culm, den 22. Januar 1891. Königl. Amtsgericht.

Die zur Herstellung einer Bahnhofshalle auf Bahnhof Sopot erforderlichen Zimmerarbeiten mit Materiallieferung, sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Angebote sind bis

Freitag, 6. Februar,

Vorm. 11 Uhr, an das unterzeichnete Betriebsamt einzurichten. Zeichnung, Angebotsformular und Bedingungen sind gegen Einführung von 1,50 M. von uns zu beziehen. (1730)

Danzig, d. 25. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Die im diesseitigen Bezirke angesammelten alten Schienen, Eisen, Stahl- und sonstigen Metall-Abgängen sollen

am 16. Februar d. Js.

Vormittags 12 Uhr, öffentlich versteigert werden.

Die Bedingungen sowie die Nachweisung der zum Verkauf kommenden Materialien liegen bei den Bahnhofs-Bürokratern zu Berlin, Bahnhof Friedrichstraße, Dirschau, Königsberg i. Pr., Elbing, Bromberg, Danzig i. Th., Danzig h. Th., sowie bei den Vorstehern der Kaufmannschaft zu Berlin, Breslau, Polen, Stettin, Königsberg i. Pr., Elbing und Danzig zur Einsicht aus und werden den Kaufleuten auch auf portofreie Anforderung unsererseits unentgeltlich zugestellt.

Die Angebote sind in verriegelten Umschlägen, mit der Aufschrift: „Angebot aus Materialien-Abgängen“ versehen, bis zur Zerminstunde an unsere Adresse einzurichten. (1731)

Danzig, d. 24. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In unserem Hause Langgasse Nr. 26, hier selbst, sind vom 1. April bis 1. Februar 1891, ab folgende Räume zu vermieten:

a. Erdgeschoß: ein geräumiger Laden mit großem Schaufenster und Hinterhof,

b. eine Treppe: ein Geschäftsräumchen mit großer Schaufront und einem Hinterzimmer ev. mit kleiner Küche,

c. drei und vier Treppen: eine Wohnung von 4 Stuben nebst Küche,

d. zu gemeinschaftlicher oder getrennter Benutzung ein geräumiger Keller.

Die Besichtigung der Räume kann täglich stattfinden. Pfeffelanten wollen sich deswegen während der Geschäftsstunden zum 4. Februar er. Mittags 12 Uhr, im Baubureau einzureichen. (1896)

Danzig, den 23. Januar 1891.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum östlichen meistbietenden Verkauf von 194 Stück (rot. 200 Fettmeter) Eichenlangholz steht

Mittwoch, den 11. Februar cr. von Vormittags 9 Uhr ab, im Forstbauhaus Altvalde-Terminal an, wozu Kaufleute leingeladen werden. (1724)

Wehlau Ostpr., 24. Jan. 1891.

Der Magistrat.

Richard.

Bekanntmachung.

Zum östlichen meistbietenden Verkauf von 194 Stück (rot. 200 Fettmeter) Eichenlangholz steht

Mittwoch, den 11. Februar cr. von Vormittags 9 Uhr ab, im Forstbauhaus Altvalde-Terminal an, wozu Kaufleute leingeladen werden. (1724)

Wehlau Ostpr., 24. Jan. 1891.

Der Magistrat.

Richard.

Bekanntmachung.

Zum meistbietenden Verkauf von etwa 1300 Stück Riesen- und Fichten-Langholz aus der höchsten Haide haben wir einen Termin auf

Montag, 9. Febr. cr.,

von Vormittags 10 Uhr ab, in der Behausung des Städtkämmerers Walinski anberaumt, zu welchem Kauflebhaber eingeladen werden. (1723)

Bemerket wird, daß das Holz leicht mit der Bahn transportiert werden kann, da dasselbe in der Nähe der Bahnstation Wieps gelegen ist. Geburg Ostpr., 25. Jan. 1891.

Der Magistrat.

Richard.

Bekanntmachung.

Außer dem Bureau des Unterzeichneten, Neugarten 29, 1 Tr. eingesehen werden.

Unternehmer werden aufgefordert, ihre Offerten versiegelt bis zum 11. Februar cr. in dem genannten Bureau einzureichen und sich sodann im Termin

dafelbst am

Donnerstag, 12. Febr.,

Vorm. 10 Uhr,

vor dem Herrn Ersten Geheimrat Groß einzufinden, um der Publikation der Offerten beiwohnen. (1154)

Danzig, 12. Januar 1891.

Der Erste Staatsanwalt.

Beschluß.

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Leopold Volkowski zu Culm ist durch Schlufvertheilung beendet und wird daher aufgeschoben. N° 1/90. Culm, den 22. Januar 1891. Königl. Amtsgericht.

Die zur Herstellung einer Bahnhofshalle auf Bahnhof Sopot erforderlichen Zimmerarbeiten mit Materiallieferung, sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Angebote sind bis

Freitag, 6. Februar,

Vorm. 11 Uhr, an das unterzeichnete Betriebsamt einzurichten.

Zeichnung, Angebotsformular und Bedingungen sind gegen Einführung von 1,50 M. von uns zu beziehen. (1730)

Danzig, d. 25. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

Die im diesseitigen Bezirke angesammelten alten Schienen, Eisen, Stahl- und sonstigen Metall-Abgängen sollen

am 16. Februar d. Js.

Vormittags 12 Uhr, öffentlich versteigert werden.

Die Bedingungen sowie die Nachweisung der zum Verkauf kommenden Materialien liegen bei den Bahnhofs-Bürokratern zu Berlin, Bahnhof Friedrichstraße, Dirschau, Königsberg i. Pr., Elbing, Bromberg, Danzig i. Th., Danzig h. Th., sowie bei den Vorstehern der Kaufmannschaft zu Berlin, Breslau, Polen, Stettin, Königsberg i. Pr., Elbing und Danzig zur Einsicht aus und werden den Kaufleuten auch auf portofreie Anforderung unsererseits unentgeltlich zugestellt.

Die Angebote sind in verriegelten Umschlägen, mit der Aufschrift: „Angebot aus Materialien-Abgängen“ versehen, bis zur Zerminstunde an unsere Adresse einzurichten. (1731)

Danzig, d. 24. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf August aus Graudenz hat sich der Eigentümer der dem Angeklagten abgenommenen Uhr eingetragen, daß der Kaufmann Joseph Nehemias zu Danzig, durch Vertrag vom 23. Dezember 1889 für die Ehe mit Anna Jacoby die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat. (1899)

Danzig, d. 20. Januar 1891.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungssache gegen den Fleischergesellen Rudolf